

Martin Böhm

Mitglied des Bayerischen Landtags

AfD-Fraktion

- Stellvertretender Fraktionsvorsitzender
- Mitglied des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen
- Bundes- und europapolitischer Sprecher der AfD-Fraktion

Rückfragen: 0171/4433555 (MdL-Büro Coburg)

Mail: martin.boehm@afdbayern.de

Homepage: www.mdl-boehm.de

Pressemitteilung

01.07.2024

Martin Böhm: Die Staatszahlungen an die Kirchen sind ein absurdes Relikt der Vergangenheit. – Sie müssen umgehend beendet werden, und zwar ohne Ablösung!

Laut Medienberichten sind sich alle im Bundestag vertretenen Parteien einig, dass die jährlich an die beiden christlichen Amtskirchen geleisteten dreistelligen Millionenzahlungen unzeitgemäß sind und beendet gehören. Nur um das „Wie“ wird schon seit Jahren ergebnislos diskutiert. Im Raum stehen Milliarden Euro an Ablösezahlungen, die die meisten Länder-Haushalte sprengen würden.

Der stellvertretende Vorsitzende sowie bundes- und europapolitische Sprecher der AfD-Fraktion im Bayerischen Landtag, Martin Böhm, hat dazu eine klare Meinung:

„Von Jahr zu Jahr schrumpft die Zahl der Katholiken und Protestanten in Deutschland in hohem Tempo. Dennoch finanzieren auch Konfessionslose und Mitglieder anderer Religionsgemeinschaften die christlichen Kirchen mit ihren Steuern. Aus 14 von 16 Bundesländern flossen zuletzt 550 Millionen Euro in die Kirchenkassen. Für Enteignungen kirchlichen Besitzes, die mehr als 200 Jahre her sind. Das ist unglaublich und niemandem mehr zu vermitteln.“

Aus Bayern fließt naturgemäß besonders viel Geld. 2023 zahlte der Freistaat etwa 77 Millionen Euro an die katholische Kirche und rund 26 Millionen Euro an die evangelisch-lutherische Kirche. Markus Söder will, dass das so bleibt und die Diskussion ‚endgültig auf Eis gelegt‘ wird. Ich sage dagegen: Nein, Herr Ministerpräsident! Nicht die Diskussion, sondern die Zahlungen gehören auf Eis gelegt. Und zwar ohne jegliche Ablösung. Was soll denn bitte auch ‚abgelöst‘ werden? Der Gegenwert des enteigneten Besitzes ist doch vermutlich schon zigfach kompensiert. Trägt die AfD erst Verantwortung für den Haushalt in Bayern, werden derart abwegige Privilegien ganz schnell beseitigt.“